

2 Der unaufhaltsame ökonomische Abstieg der USA

Teil 2 des Zyklus: „Motive, Hintergründe und Folgen der Zinswende in den USA“

von Hermann Patzak

Eine Weltmacht, deren Währung ständig an Wert verliert, das kann auf Dauer nicht funktionieren. Die Währung einer Volkswirtschaft aber, die ständig mehr importiert als exportiert – wie die USA seit nunmehr 40 Jahren – muß zwangsläufig abwerten. Dieses Marktgesetz gilt auch für eine Weltmacht! Und das ist das Problem der USA. Mit der Abwertung des Dollar wird nicht nur der Urlaub der Amerikaner im Ausland teurer, sondern auch das weltweite militärische und politische Engagement, sowie die weltweiten enteignungsgleichen Aufkauforgien der US-Finanzeliten. Dies alles ist mittlerweile immanenter und tradiert Bestandteil des Selbstverständnisses der US-Eliten geworden. Egal ob „Republikaner“ oder „Demokraten“ den Präsidenten und die Regierung stellen. Deshalb müssen die USA ständig neue Mittel und Wege ersinnen, um dieser durch den Markt erzwungenen Abwertung des Dollar Einhalt zu gebieten.

2.1 Das internationale Finanzkapital und die Euro-Kapriolen

Die Auflösung der DM im Euro erfüllte diesen Zweck ebenso wie der Verkauf der mit wertlosen Hypotheken besicherten Wertpapiere an ausländische Investoren, der die Weltfinanzkrise auslöste. Mit den hohen Renditen dieser verbrieften Schulden lockten sie Finanzinvestoren aus aller Welt (insbesondere aus Deutschland) und der Geldzufluß verhinderte einen noch höheren Wertverfall des US-Dollar aus dem permanenten Handelsbilanzdefizit. Damit ist auch die Frage beantwortet, warum die USA ein Interesse am Verschwinden der DM und ihrer Auflösung im Euro hatten. Der Euro mußte zwangsläufig eine schwache Währung werden, weil die meisten Beitrittsländer seit jeher Schwachwährungsländer mit defizitärer Handelsbilanz waren. Und so kam es auch. Nach seiner Einführung stürzte er sofort ab:

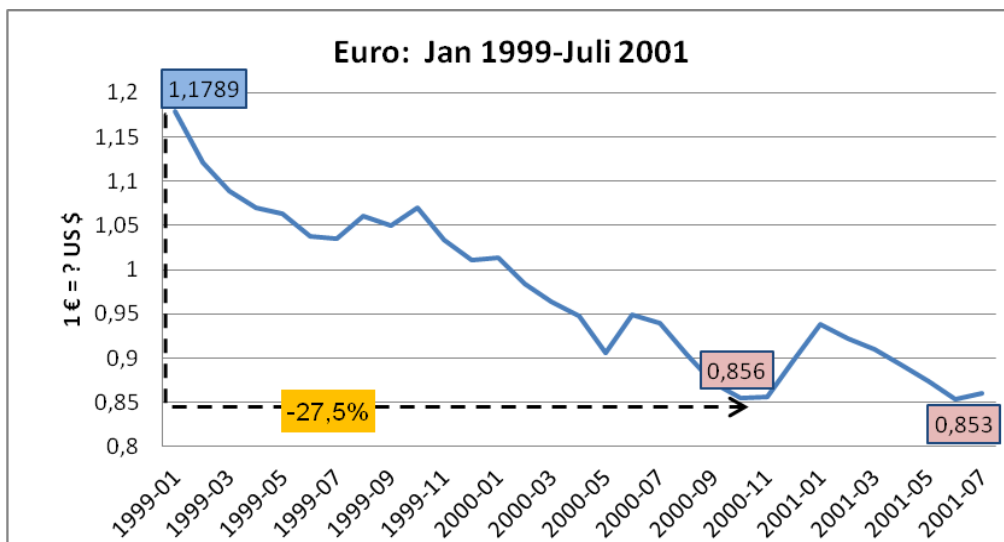


Abbildung 4: Euroabsturz 1999-2001¹²

Die Graphik zeigt diesen Werteverfall. Der Euro wertete in kürzester Zeit um 27,5 Prozent ab. Und mit ihm die an ihn im Verhältnis 1:1,96 gebundene DM. Diese Abwertung ruinierte in kürzester Zeit die deutsche Volkswirtschaft: die Wachstumsraten brachen ein,

¹² Zahlen zur Graphik aus:

http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihenliste.php?pdf=stat_eurefd.pdf&open=devisen

die Arbeitslosigkeit stieg in kürzester Zeit auf bis dahin undenkbare Rekordzahlen, und das internationale Finanzkapital eignete sich in einem förmlichen „Blutrausch“ deutsches Produktivvermögen in unvorstellbarem Ausmaß an. Nutznießer war insbesondere das angloamerikanische Finanzkapital. Haben Sie jemals etwas über diese Entwicklungen und ihre Hintergründe in den westlichen Medien – dazu gehören die deutschen – gelesen? Sie sind mit Fakten belegt. Für die deutschen Medien waren diese Raubkäufe bestenfalls nur eine Randnotiz wert.

Der Euro hatte aus Sicht der USA seinen Zweck erfüllt, er hatte nur ein Manko: seine Wertminderung mußte ja irgendwann – wie jeder Preisanstieg und jede Preisminderung – ein Ende haben. Seine Abwertung konnte also nicht nachhaltig sein, wie man heute zu sagen pflegt. Anders dagegen das Handelsbilanzdefizit der USA. Es ist die Folge des politisch gewollten Strukturwandels von der Industrieproduktion zu Finanzprodukten. In Zeiten des Globalkapitalismus muß eine Weltmacht nämlich auch oder sogar in erster Linie die Finanzmärkte der ganzen Welt kontrollieren und beherrschen. Und genau das ermöglichte der schwache Euro, und das hatte die DM erfolgreich verhindert. Unter dem Euro-Regime geriet die deutsche Wirtschaft immer mehr unter die direkte Kontrolle des angloamerikanischen Finanzkapitals. Große Teile der bedeutendsten deutschen Unternehmen sind dank des abgewerteten Euro vollkommen in das Eigentum des angloamerikanischen Kapitals und anderer internationaler „Finanzinvestoren“ übergegangen.

Nach diesem Niedergang und dem ersten Aufkauf-Run begann dann eine 7 Jahre währende Phase der Euro-Aufwertung. Beide Entwicklungen zeigt die nächste Graphik¹³:

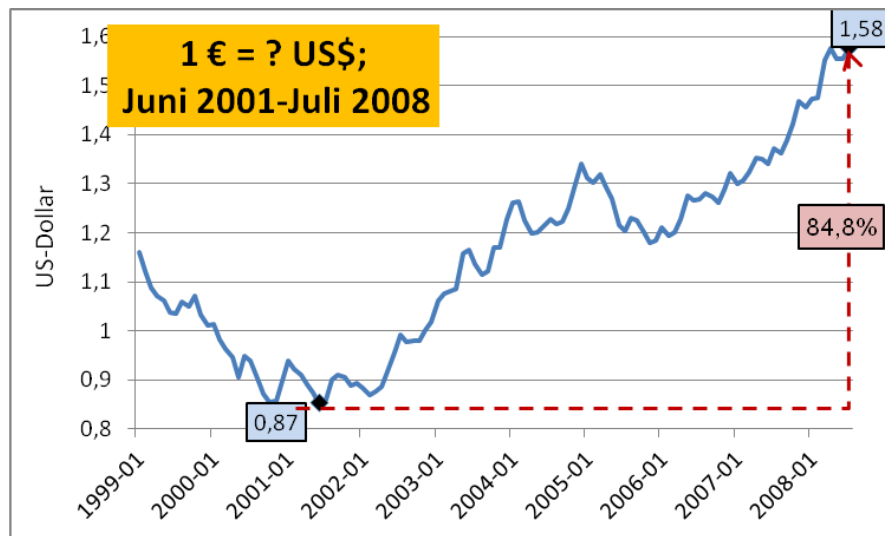


Abbildung 5: Die Euro-Wertsteigerung 2001-2008

Der Euro wertete ab Juni 2001 in 7 Jahren um 84,8 Prozent auf. Bezogen auf den Einführungswert von 1,18 US Dollar am 01.01.1999 waren es allerdings nur 40,4 Prozent. Was war der Grund dafür? Der Euro hatte für die ökonomisch schwachen Beitrittsländer zunächst einmal wie ein Akzelerator (Beschleuniger) gewirkt, wie deren Wachstum des BIP in der nachstehenden Tabelle¹⁴ zeigt:

¹³ Zahlen aus Deutsche Bundesbank: Euro-Referenzkurs der EZB / 1 EUR = ... USD / Vereinigte Staaten, BBEX3.M.USD.EUR.BB.AC.A02_FLAGS.

¹⁴ Zahlen aus Bundesbank: [tec00001] - Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

€ Länder	Ø % Ändg. 2000-2007
Deutschland	2,53%
Irland	11,57%
Griechenland	9,17%
Spanien	9,58%
Frankreich	4,49%
Italien	4,26%
Portugal	4,76%

Im Vergleich zu den notorisch schwachen Volkswirtschaften hatte Deutschland in dieser Zeit die mit Abstand niedrigsten Wachstumsraten. Das Wachstum der späteren Euro-Krisenländer: Irland, Griechenland, Spanien war um ein Mehrfaches höher, auch Portugal wies noch ein fast doppelt so hohes Wachstum aus. Auch die Wachstumsraten Frankreichs und Italiens waren fast doppelt so hoch.

Tabelle 1: Wachstumsraten der Euro-Länder 2000-2007

Doch dann geriet die Welt und vor allem Europa in den Sog der in den USA losgetretenen Finanz- und Wirtschaftskrise und das Bild änderte sich schlagartig:

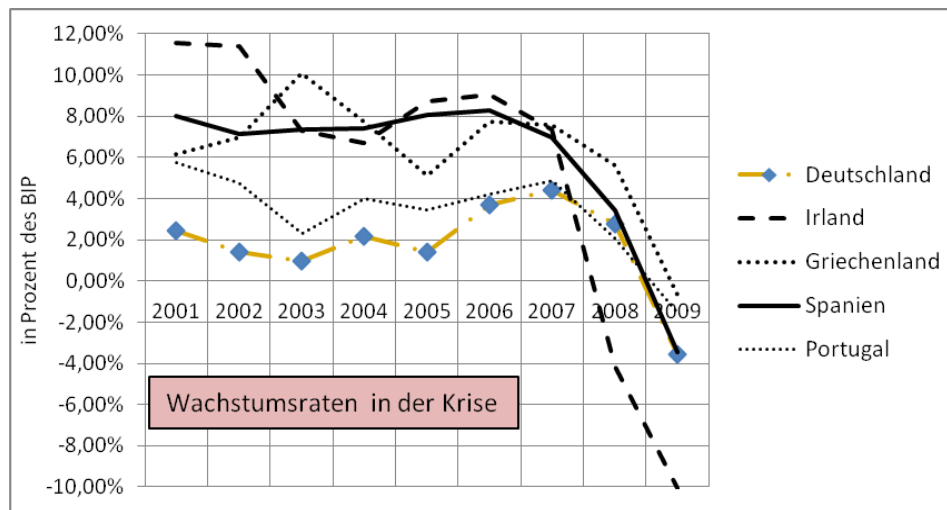


Abbildung 6: der wirtschaftliche Absturz der Euro-Länder in der Krise¹⁵

Die Euro-Länder mit den größten Wachstumsraten stürzten jetzt am tiefsten ab. Sie hatten ihren schnellen Wohlstand mit nahezu unbegrenzter (1) Schuldenaufnahme zu verlockend niedrigen Zinsen erkaufte und (2) den Vorteil des für sie ungewohnt hohen Euro-Außenwertes genutzt, um im Ausland mehr, weil billiger, einkaufen zu können. Die niedrigen Zinsen und die billigen Importe verdankten sie dem Euro, aber beide waren auch die Ursache des nachfolgenden Absturzes. Nach Ausbruch der Krise waren die Schulden so hoch, daß Staat und Wirtschaft keine Kredite mehr bekamen bzw. daß sie die, dem Ausfallrisiko adäquaten, höheren Zinsen nicht mehr bezahlen konnten, um die Krise, insbesondere die sich ausweitende Arbeitslosigkeit, bekämpfen zu können. Die billigen Importe hatten die heimische Wirtschaft, besonders aber jene Branchen geschädigt, die mit den Importen nicht konkurrieren konnten. Sie waren in eine Zwickmühle geraten, aus der sich souveräne Volkswirtschaften mit autonomer Geld- und Fiskalpolitik durch Erhöhung der Geldmenge und steigenden (schuldenfinanzierten) Staatsausgaben relativ problemlos befreien können. Was ja auch geschehen ist, wie nahezu alle Volkswirtschaften der Welt (mit ganz wenigen Ausnahmen) beweisen.

2.2 Der Euro blockiert die Krisenüberwindung

In der Krise waren die Banken weder bereit noch in der Lage, den hochverschuldeten Regierungen und Unternehmen der Euro-Länder zusätzliche Kredite zu geben, hatte doch die gesamte Finanzindustrie der kapitalistischen Welt infolge ihrer Verluste auf dem US-Finanzmarkt selbst ums Überleben zu kämpfen. Kredite für Unternehmen, deren Umsät-

¹⁵ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>.

ze eingebrochen waren, für Staaten, deren Steuereinnahmen mit sinkendem Volkseinkommen ebenso sinken mußten, das war für sie viel zu riskant. Der Ausweg der Staatsfinanzierung durch die Notenbank war den Euro-Staaten durch die Statuten der EWU grundsätzlich verboten¹⁶. Für die von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Länder fanden die dem Euro-Wahn verfallenen Politiker der überkommenen Partieliten Europas nur einen Ausweg: Die überschuldeten Staaten mußten sparen, um von ihren Schuldenbergen herunter zu kommen, und das heißt: Sie mußten die Staatsausgaben senken. Gleichzeitig verordnete man ihnen Reformen, um ihre Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Das waren zwei katastrophale Fehler auf einen Schlag:

1. Die Euro-Dogmatiker haben bis heute nicht begriffen, daß es der Euro selbst war, der die Wirtschaft der ehemaligen Schwachwährungsländer durch die (1) billigen und (2) mit Schulden finanzierten Importe ruiniert hatte.
2. Sowohl die Politiker, als auch ihre ökonomischen Ratgeber, hatten nichts aus der Weltwirtschaftskrise der 1930iger Jahre gelernt, die aller Welt vor Augen geführt hatte, daß zusätzliches Sparen in einer Wirtschaftskrise die Krise nicht lösen kann, sondern sie sogar noch weiter verstärken muß.

Die Folgen blieben nicht aus. Die Euro-Länder hatten in ihrer Gesamtheit auch 7 Jahre nach ihrem Ausbruch die Wirtschaftskrise noch immer nicht überwunden¹⁷.

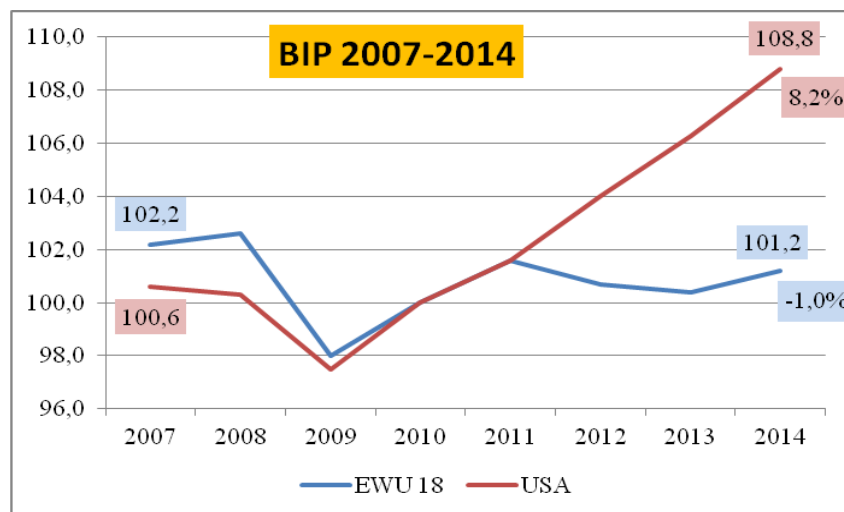


Abbildung 7: BIP von EWU und USA 2007-2014

Das reale BIP der USA, gemessen am Indexwert von 100 im Jahr 2010, war von 100,6 auf 108,8 also um 8,2 Prozent gestiegen. Das reale BIP der 18 EWU-Länder war von

	Mrd. US Dollar		
	2007	2014	Änderg.
USA	15.072,0	15.800,6	728,5
EWU	12.290,1	11.802,9	-487,3
Differenz			1.215,8

102,2 auf 101,2, also um 1 Prozent gesunken. Der Abstand zwischen den USA und der EWU – gemessen am BIP – hatte sich also 9,2 Prozent vergrößert. Welchem Wert dies in US Dollar entspricht, zeigt nebenstehende Tabelle:

Tabelle 2: BIP - Vergleich USA/EWU

¹⁶ Daß die EZB unter seinem italienischen Präsidenten Mario Draghi später Möglichkeiten ersann, diese Vorschriften zunächst heimlich (Target Kredite) und danach sogar durch offenen Rechtsbruch zu unterlaufen (monetäre Staatsfinanzierung mittels Aufkauf von Staatsanleihen), der vom Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sogar absegnet wurde, ist nur ein traurigere Beweis dafür, daß Gewaltenteilung ein abstraktes Konstrukt aus den Köpfen weltfremder Staatstheoretiker ohne praktische Bedeutung ist.

¹⁷ Zahlen aus: Eurostat: BIP und Hauptkomponenten [nama_10_gdp, Verkettete Volumen (2010), Index 2010=100].

Die BIP-Minderung von -1 % ist der Durchschnittswert der 18 Euro-Länder. Die Euro-Krisenländer, die vor dem Konkurs gerettet werden mußten, hatten natürlich einen weit größeren Absturz erlitten, wie die nachstehende Tabelle zeigt¹⁸:

Krisenländer Land	BIP zu Preisen 2010		Veränderg. in Prozent
	2007	2014	
Irland	110,0	107,5	-2,3%
Griechenland	111,1	82,5	-25,7%
Spanien	102,5	97,4	-5,0%
Portugal	100,9	93,5	-7,3%

Tabelle 3: BIP der Euro-Krisenländer im Jahr 2014

Ergänzen wir der Vollständigkeit halber das Bild noch mit einem Blick auf die Entwicklung des BIP der drei größten Euro-Volkswirtschaften: .

Krisenländer Land	BIP zu Preisen 2010		Differenz in %
	2007	2014	
Deutschland	100,8	105,8	5,0
Frankreich	100,8	103,1	2,3
Italien	105,1	95,7	-9,4
England	102,9	107,1	4,2

Italien wurde am härtesten getroffen. Sein BIP liegt noch tiefer unter dem Niveau des Jahres 2007 als das Spaniens. Deutschland hatte seit 2007 die größte Steigerung des BIP zu verzeichnen, noch vor England mit 4,2 Indexpunkten

Tabelle 4: die größten Volkswirtschaften Europas

Am Beispiel Englands im Vergleich zu Frankreich kann man sehr gut erkennen, daß es sich für die Engländer ausgezahlt hat, dem Euro nicht beizutreten. Dabei hatten insbesondere die französischen Politiker geglaubt, mit einer stärkeren Währung den volkswirtschaftlichen Rückstand zu Deutschland schnell wettmachen zu können.

Konzentrieren wir uns aber wieder auf den Hauptakteur des Geschehens: die USA und die Bemühungen, ihre Weltmachtstellung auf dem Gebiet der Wirtschaft und Währung zu erhalten: Gemessen am BIP haben sie den Vorsprung gegenüber Europa sogar noch ausbauen können. Ohne den Euro wäre das nicht gelungen! Sie haben eine Krise losgetreten, mit der sie die ganze Welt infizierten, die den Europäern bis heute zu schaffen macht, gerade wegen des Euro! Die famose deutsche Kanzlerin hatte zu Beginn der Krise noch behauptet, die Euro-Länder würden aus der Krise stärker herauskommen, als sie hineingeraten waren. Das Gegenteil ist geschehen, wie die Zahlen belegen! Warum?

Der Euro hat die Krisenüberwindung nicht nur ganz erheblich erschwert, weil die Beitrittsländer in einer Art „Selbstamputation“ ihre **wirtschaftspolitische Souveränität**: die **autonome Geld- und Fiskalpolitik** freiwillig aufgegeben hatten. Der Euro selbst war die eigentliche Ursache für den Absturz der ehemaligen Schwachwährungsländer geworden, weil:

(1) die **niedrigen Zinsen**, die er ihnen bescherte, waren von diesen Staaten zur **Erhöhung der Staatsausgaben** über höhere **Staatsschulden** genutzt wurden. Und (2) der für ihre Verhältnisse relativ hohe **Außenwert des Euro** hat es den Unternehmen und Haushalten dieser Länder von heute auf morgen ermöglicht, **im Ausland billiger einzukaufen als die heimische Wirtschaft produzieren konnte**. Sie konnten damit ihren Wohlstand zwar kurzfristig erhöhen, haben aber damit ihrer eigenen Wirtschaft jene strukturellen Schäden zugefügt, die sich erst in der Krise manifestierten.

¹⁸ Zahlen: Eurostat: BIP und Hauptkomponenten [nama_10_gdp, Verkettete Volumen (2010), Index 2010=100].

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in der Krise durch von außen auferlegte Reformen erzwingen zu wollen, macht erneut deutlich, daß die Euro-Ideologen sich weder der ökonomischen Tragweite, noch der politischen Folgen ihres Experimentes bewußt waren.

Den USA konnte diese Entwicklung nur recht sein. Wo und wann immer sich eine Möglichkeit ergab, nahmen sie Einfluß auf die politische und ökonomische Entwicklung der EU und der Europäischen Währungsunion, wie wir noch ausführlich zeigen werden¹⁹. Trotz ihrer kränkelnden Wirtschaft, die seit 1970 permanent Handelsbilanzdefizite erzeugte und deshalb ganz wesentlich zur Wertminderung des US-Dollar beitrug, war die Wirtschaftskraft der Europäer nach Einführung des Euro, die 1998 noch 85,9 Prozent des US-BIP ausmachte, um 11,2 Prozent auf nur noch 74,7 Prozent des USA-BIP gesunken²⁰, wie die nachstehende Graphik zeigt:

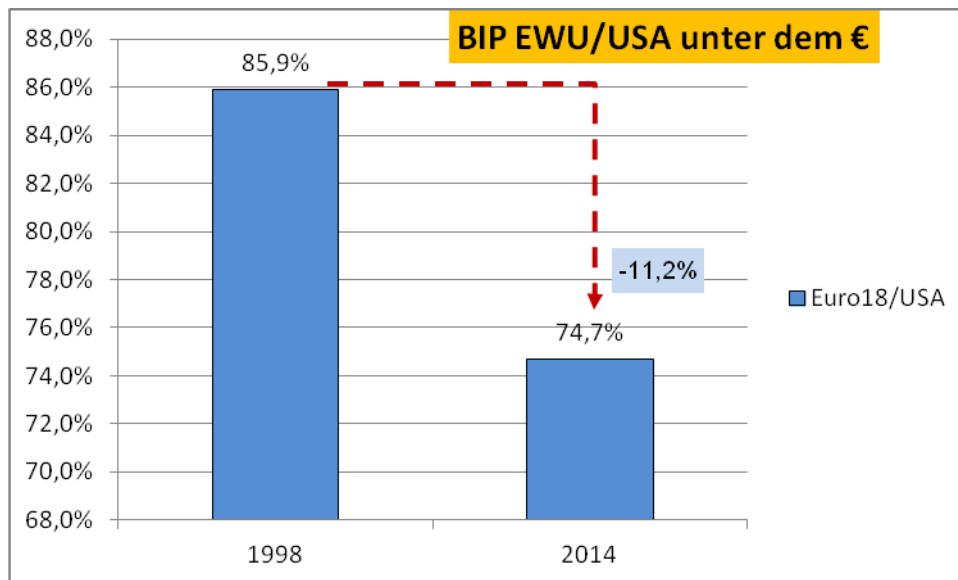


Abbildung 8: Euroländer fallen zurück

Gemessen am BIP haben die Euro-Länder seit Einführung des Euro (1999) um 11,2 Prozentpunkte eingebüßt.

Nach diesem notwendigen Exkurs in die Zahlen der volkswirtschaftlichen Entwicklung muß nüchtern festgestellt werden: Die USA haben ihr Ziel erreicht, Europa mit Hilfe des Euro zu schwächen. Der Euro ist noch schwächer als der dahinsiechende US-Dollar und er hat alle Euro-Volkswirtschaften nachhaltig geschwächt. Von Seiten der EWU droht der Vorherrschaft des US-Dollar keine Gefahr!

Fassen wir noch einmal zusammen, was die USA eigentlich getan haben und was die EWU nicht tun konnte, um die Krise zu überwinden und die Wirtschaftskraft zu stärken. Sie taten, was jedes souveräne Land tut, dessen Wirtschaftspolitiker aus den Lehren der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930iger Jahre gelernt haben. Sie setzten die Mittel der Geld- und Fiskalpolitik ein, um den totalen ökonomischen Zusammenbruch (wie damals) zu verhindern. Das sind (1) die Erhöhung der Geldmenge und (2) die Steigerung der Staatsausgaben, finanziert durch zusätzliche Staatschulden. Die Geldmenge erhöhen die Notenbanken, indem sie die Leitzinsen senken. Die Geschäftsbanken können dadurch bei ihrer Notenbank billiger Geld aufnehmen und die niedrigeren Zinsen an ihre

¹⁹ Siehe unten: „Die Intrigen der USA zur Wahrung des Dollar-Wertes“ auf Seite 20.

²⁰ Zahlen aus: Eurostat, BIP und Hauptkomponenten (Produktionswert, Ausgaben und Einkommen) [nama_10_gdp], Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Verkettete Volumen (2005), Millionen Euro.

Kunden (Unternehmen, Staat und Haushalte) weitergeben, die sich ihrerseits höhere Ausgaben (für Investitionen und Konsum) leisten können. Die Staaten erhöhen ihre Ausgaben, indem sie Kredite direkt bei der Notenbank aufnehmen (gegen Zinszahlung) und als Gegenleistung der Notenbank Schuldpapiere (Staatsanleihen) übergeben. Man nennt diese Form der Staatsverschuldung seit geraumer Zeit „monetäre Staatsfinanzierung“. Sie wurde der EZB in den Euro-Verträgen verboten, um zu verhindern, daß sich einzelne Mitgliedsländer zu Vorzugszinsen übermäßig (zu Lasten anderer Euro-Länder) verschulden und eine Inflation auslösen. Dieses Verbot gibt es für souveräne Staaten mit einer eigenen Währung nicht. Sie entscheiden damit auch eigenverantwortlich über den Wert ihrer Währung.

24.04.2016

www.hpatzak.de

Die dritte Folge des Zyklus: „Die Zinswende der USA und ihre Hintergründe“ wird in den nächsten Tagen auf dieser Weltnetzseite fortgesetzt. Sie beschreibt, analysiert bewertet die Geld- und Fiskalpolitik der USA zur Überwindung der Krise.